

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Arnold Schmitt (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

### Finanzierung der Naturschutzverbände in Rheinland-Pfalz II

Die **Kleine Anfrage 2275** vom 31. März 2014 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welcher Grundlage erhalten die Naturschutzverbände in Rheinland-Pfalz öffentliche Mittel?
2. Wie sieht das Verfahren zur Antragstellung für öffentliche Mittel aus?
3. Auf welcher Grundlage wird die Höhe der Mittel zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten bei den Naturschutzverbänden ermittelt?
4. Nach welchem Schlüssel werden die Mittel zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten an die Naturschutzverbände vergeben?
5. Nach welchen Kriterien werden Mittel an die Naturschutzverbände vergeben für Ausstellungen, Veröffentlichungen und Tagungen?
6. Welche anderen Anbieter nehmen regelmäßig an Ausschreibungen für öffentliche Projekte teil, an denen auch Naturschutzverbände teilnehmen?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. April 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Naturschutzverbände in Rheinland-Pfalz erhalten öffentliche Mittel auf Grundlage des Landesgesetzes zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft (Landesnaturenschutzgesetz – LNatSchG – § 50 – Finanzhilfen des Landes –), des Landeshaushaltsgesetzes (LHG), der Landeshaushaltsordnung (LHO) und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften (VVLHO), sowie auf Grundlage der VV des Ministeriums der Finanzen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im jeweiligen Haushaltsjahr.

Auftragsvergaben erfolgen nach den einschlägigen Vergabevorschriften. Dies sind in erster Linie das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Landeshaushaltsordnung, die Vergabe und Vertragsordnung für Leistungen (VOL), die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) und die Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF).

Zu Frage 2:

Das Antragsverfahren erfolgt auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Landeshaushaltsordnung (VV Teil 1 Nr. 3 zu § 44 LHO).

Zu Frage 3.:

Die Ermittlungen der Höhe der Zuwendungen erfolgt im Einzelfall, orientiert am Landesinteresse, auf Grundlage des § 44 Abs. 1 LHO i. V. m. § 23 LHO.

b. w.

Zur Frage 4.:

Die Vergabe der Mittel zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten der Naturschutzverbände erfolgt nicht anhand eines Schlüssels, sondern nach Eingang der Anträge im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Zur Frage 5.:

Maßgeblich für eine Vergabe von Aufträgen an Dritte zu Ausstellungen oder Tagungen bzw. Veröffentlichungen sind, unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften, die mit der jeweiligen Veranstaltung verfolgten Zwecke, bzw. die Eignung und Fähigkeit des jeweiligen Anbieters, die Leistungen fachgerecht, leistungsfähig und zuverlässig zu angemessenen Preisen erbringen zu können. Das Vergabeverfahren erfolgt nach den jeweils einschlägigen Vorschriften.

Zur Frage 6.:

An Ausschreibungen für öffentliche Projekte, an denen auch Naturschutzverbände teilnehmen, sind andere Anbieter aus fachfremden Bieterkreisen regelmäßig nicht beteiligt. Bei der Auswahl der geeigneten Bieter wird – soweit möglich – darauf geachtet, dass für die jeweiligen Maßnahmen bzw. Aufträge nur solche Bieter ausgewählt werden, die dem gleichen Bieter-/Bewerberkreis (z. B. nur Naturschutzverbände oder vergleichbare Einrichtungen bzw. nur mittelständische Unternehmen oder Landwirte) angehören.

In Vertretung:  
Dr. Thomas Griese  
Staatssekretär